

Die Energiewende vertreibt Industrie aus Deutschland

Sabotage: Die langfristige Energiepolitik erzeugt das europäische Armenhaus Deutschland.

NAEB 1921 am 13. Oktober 2019

Für den Klimaschutz sei die Energiewende ohne Alternative. Der Klimaschutz verlange weniger Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus Brennstoffen. Dies wird Stromkunden von Politikern aller Parteien außer der AfD, in Leitmedien von Journalisten der meisten Zeitungen, Funk- und Fernsehsender immer wieder eingehämmert. Schreckliche Visionen von Dürren, Überflutungen und Überhitzung der Erde werden verkündet.

Die meisten Bürger glauben durch diese ständige Indoktrinierung, mehr CO₂ in der Luft führe zu einer kritischen Erwärmung der Erde. Wer dies bezweifelt, wird von selbst ernannten Klimaschützern verdammt.

Eine Hinterfragung durch Fachleute findet überwiegend nur im Internet statt. Die Richtschnur der Politik ist die Reduzierung von vermeintlichen CO₂-Emissionen, die die Bundesregierung auf der Pariser Klimakonferenz 2015 zugesagt hat. Dabei ist Kohlendioxid ein Lebensmittel und kein Schadstoff! Kostengünstige Kohlekraftwerke sollen durch teure Wind- und Solaranlagen ersetzt werden. Welche Belastungen kommen dann auf die Industrie zu?



Braunkohle ist der preiswerteste heimische Energieträger [1]

CO₂-Reduktionsziele werden nicht erreicht

Die für 2020 durch Selbstverpflichtung auferlegten Emissionsziele werden verfehlt. Inzwischen erkennt man, dass der Ausbau von Wind- und Solaranlagen keine Reduktion erzielt. Für den Bau der Anlagen wird viel CO₂ emittiert, denn viel Kohle wird benötigt, um Stahl und Beton herzustellen. Kohlekraftwerke müssen betriebsbereit sein, um Strom zu liefern, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht.

Der Betriebsbereitschaft unter Dampf verbraucht etwa 10 Prozent der Brennstoffe unter Vollast, ohne Strom zu liefern. Ökostromanlagen emittieren demzufolge indirekt! Die Hoffnung auf einen sinkenden Strombedarf blieb unerfüllt. Zwar steigt die Effizienz von elektrischen Geräten. Aber es werden immer mehr, die dem Wohlstand und der Unterstützung der alternden Gesellschaft dienen, weil Hilfskräfte fehlen oder nur mit unzumutbarem bürokratischem Aufwand bezahlbar sind. Hinzu kommen Einwanderer, die Energie verbrauchen. Mit einem Anteil von rund zwei Prozent an der Bevölkerung seit 2015 sind damit auch die CO₂-Emissionen um zwei Prozent gestiegen.

CO₂-Abgaben zur vermeintlichen Klimarettung

Um die angestrebte CO₂-Reduktion trotzdem zu erreichen, sollen nun nach dem Beschluss des „Klimakabinetts“ der Bundesregierung Abgaben auf alle CO₂-Emissionen aus Brennstoffen erhoben werden, um die Verbraucher zum Einsparen von Kohle, Öl, Erdgas und Strom zu bewegen. Die Abgaben sollen als Zertifikate von den Versorgern erhoben werden. Zunächst soll die Emission von einer Tonne CO₂ mit 10 Euro belastet werden. In den kommenden Jahren sollen die Emissionskosten auf 25 Euro/Tonne ansteigen. Prinzipiell handelt es sich hier um eine Energiesteuer, die als Zertifikatekosten verniedlicht wird.

Wenn die CO₂-Emissionen mit 10 Euro je Tonne belastet werden, kommen auf die Haushalte, die Betriebe und die Industrie folgende Kosten zu: Die Erzeugungskosten von Strom aus Kohle steigen um einen Cent je Kilowattstunde (Ct/kWh). Das sind 20 bis 30 Prozent der günstigsten Stromerzeugung. Strom aus Erdgas wird geringer belastet, weil das Gas höhere Anteile an Wasserstoff enthält, der zu Wasser verbrennt. Dafür sind die Basis-Erzeugungskosten deutlich höher als für Kohlestrom. Die Kraftstoffabgaben erhöhen sich um weitere 3 Cent je Liter. Beim Heizen mit Erdgas steigt der Preis um 0,2 Cent/Kilowattstunde, eine Kostenerhöhung um 3 Prozent. Die Kosten wurden nach den Angaben des Bundesumweltamtes „CO₂-Emissionen für fossile Brennstoffe“ kalkuliert. Selbstverständlich bezieht sich die Mehrwertsteuer von 19 Prozent nicht auf den Strompreis allein, sondern auf alle staatsbedingten Zusatzbeträge. Steuern und Abgaben werden nochmals versteuert!

Für die Industrie werden die Belastungen wesentlich schlimmer. Allein für die Roheisenerzeugung im Hochofen sind 10 Euro/Tonne fällig. Hinzu kommen weitere Kosten für die Stahlerzeugung und Verarbeitung. Schon jetzt werden in der Stahlindustrie kaum Gewinne erzielt. Diese zusätzlichen Kosten kann die deutsche Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb nicht tragen. Sie muss aufgeben.

Die Produktion eines Kilogramms Aluminium erfordert 16 kWh Strom und 0,67 kg Kohle (2,5 kg CO₂). Das bedeutet eine Verteuerung von mindestens 18 Ct/kg bei einem Erlös von 1,70 Euro/kg, also eine Verteuerung von mehr als 10 Prozent. Auch die Aluminium-Industrie kann bei dieser Politik in Deutschland nicht bestehen.

Ähnliche Kostensteigerungen gibt es auch für Kalk- und Zementwerke, sowie in der chemischen Industrie. Die gesamte Grundstoffindustrie und damit das Rückgrat der industriellen Fertigung wird mit der Energiewende im Namen des Klimaschutzes zerschlagen. So erreicht Deutschland sein Klimaschutzziel.

Industrie-Manager und Gewerkschaftsführer stützen die Energiewende

Viele Führungskräfte von Industrie und Gewerkschaften, aber auch Firmeninhaber, stehen hinter der vermeintlichen Klimarettung durch eine Energiewende, auch wenn dadurch die Wirtschaftlichkeit der Firma bis zur Insolvenz untergraben wird und Arbeitsplätze verloren gehen. Beispiele sind Vorstandsvorsitzender von E.ON, Johannes Teyssen, der Deutschland mit teurem und nicht planbarem Ökostrom versorgen will, und VW-Chef Herbert Diess, der den Konzern auf teure und die Umwelt schädigende Elektroautos umstellen will.

Gewerkschaftsführer fordern die Abschaltung der Kohlekraftwerke und vernichten so nicht nur die Arbeitsplätze der Kumpel in den Tagebauen und der Kraftwerker, sondern verhindern auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Arbeitsplätze brauchen preiswerten und verlässlichen Strom. Woher soll der Strom kommen, wenn Kohlekraftwerke abgeschaltet werden? Darauf gibt es von der Bundesregierung und Landespolitikern keine Antwort. Es wird vage auf Sonnen- und Windstrom verwiesen. Doch bei Dunkelflaute fließt kein Ökostrom.

Weltweit gibt es offensichtlich reiche Sympathisanten und Mitglieder des Club of Rome, die großen Einfluss ausüben. Sie wollen die Verwendung von Kohle, Öl, Erdgas, Metallen und anderen Rohstoffen, die für den Lebensstandard unabdingbar sind, einschränken. Sie seien endlich und würden sonst zu schnell verbraucht. Dies wird von Brennstoffen seit Jahrzehnten behauptet. Doch es werden immer wieder neue Lagerstätten gefunden.

Das gilt auch für Metalle. Vor 50 Jahren wurde das baldige Ende der Nickelproduktion vorausgesagt. Heute wird auf der Welt zehnmals mehr Nickel verbraucht und von einem Auslaufen der Förderung ist keine Rede mehr.

Wie groß der Einfluss dieser Gruppe von Gutmenschen ist, wird deutlich an der Rede von Greta Thunberg im Plenum der Vereinten Nationen. Diese Rede muss von sehr einflussreichen Leuten einschließlich des UN-Generalsekretärs eingefädelt und vorbereitet worden sein. Wie könnte sonst ein kleines unbedeutendes Schulmädchen an das Redepult der UNO-Vollversammlung gelangen?

Industrie wandert ab

Viele Manager müssen zwei Seelen in Ihrer Brust haben. Als Gutmenschen stützen sie die Forderungen des Clubs of Rome. Als Wirtschaftler suchen sie neue Produktionsstätten in Ländern mit einer preiswerten und sicheren Energieversorgung. Die hohen und weiter steigenden Energiekosten in Deutschland machen immer mehr Produktionsbetriebe unrentabel.

Noch schlimmer ist, dass Kosten und Sicherheit der künftigen Energieversorgung unberechenbar werden. Von der Regierung sind keine Angaben über die Kostenentwicklung der Stromversorgung mit fortschreitender Energiewende bekannt. Es wird lediglich die Hoffnung verkündet, irgendwann sinke der Strompreis wieder. Welche Höhen er vorher noch erklimmt, ist unbekannt. Hinzu kommt, dass in jeder Legislaturperiode neue Energiegesetze vereinbart werden, die weitere Belastungen erzeugen.

Wer investiert schon in neue Anlagen mit höherer Produktivität, die mehr Strom brauchen, wenn die Versorgung unsicher ist und die Stromkosten unberechenbar sind? Schon heute werden bei Strommangel durch hohe Nachfrage bei gleichzeitig abflauenden Winden oder aufziehenden Wolken energieintensive Industriebetriebe abgeschaltet, um die Netzstabilität aufrechtzuhalten.

Die Aluminiumerzeugung in Neuss hatte allein in 2018 fast 80 Mal plötzlich keinen Strom mehr. Die Abschaltzeiten sind relativ kurz und die Produktion der Elektrolyse kann dann weiterlaufen. Es gibt aber viele Maschinen und Anlagen, die nach einem Stromausfall lange und aufwendige Hochfahrzeiten haben oder sogar neu eingerichtet werden müssen. Technische und wirtschaftliche Zusammenhänge sind den Managern klar. Sie müssen ihre Produktionsstätten in Länder mit besseren Bedingungen verlagern.

Was ist zu tun?

Es wird höchste Zeit, das Experiment „Energiewende“ zu beenden. Eine bezahlbare und zuverlässige Stromversorgung ist nur mit Dampfkraftwerken möglich. Alle anderen Länder demonstrieren dies. Es werden weltweit mehr als eintausend Kohlekraftwerke gebaut oder geplant. Dazu kommen Kernkraftwerke in steigender Zahl. China plant langfristig den Bau von 250 Kernkraftwerken. Nachbarn der BRD wenden sich wieder der Kernkraft zu.

In Deutschland sind neue Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke und der Weiterbetrieb der noch laufenden politisch nicht durchsetzbar. Die ständige massive Indoktrination hat Wirkung gezeigt. Kohlekraftwerke können Kernkraftwerke ersetzen. Dabei spielen die Braunkohlenkraftwerke eine herausragende Rolle. Sie produzieren den preiswertesten Strom und nutzen den einzigen noch verbliebenden heimischen Energieträger. Ohne Braunkohlestrom ist Deutschland jederzeit erpressbar. Ist das erwünscht?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: UltStockPhotos-Energy-026

Martin Reichardt (AfD) Hammer Rede über den Klimablödsinn: 100% auf den Punkt gebracht!

26. September 2019 | AfD: ein Schlag ins Gesicht der Bürger!

Massive Kritik kam von der AfD-Fraktion. Martin Reichardt sprach von einer derzeit grassierenden „Klima-Hysterie“, die von einer „grünen Klima-Sekte“ ausgehe. Das Klimapakete und die Politik der Bundesregierung bedeute „Geld für Klima-Wahn aus dem Fenster hinauszuschmeißen“, sagte Reichardt. Es gebe bei dem Thema eine Spaltung „zwischen grünen, urbanen Besserverdienern und denen, die sich Gedanken machen müssen, wie viel Geld am Monatsende noch auf dem Konto ist“, sagte der AfD-Politiker.

www.youtube.com/watch?v=Pe2-QbLQ8eo

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

